

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

7/XVIII/99

Bonn, den 27. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>"Afrika-Charta"</u> Der Weg wurde erkannt und mutig beschritten	20
1	<u>Der große Irrtum</u> F.J. Strauss und die Chancen der SPD	25
2	<u>Klare Entscheidungen</u> Zur 9. Bundeskonferenz der SJD-DIE FALKEN Von Waldemar Ritter	51
3	<u>Vor einer schwierigen Aufgabe</u> Zum Parteitag der französischen Sozialisten	38
4 - 5	<u>Jugendarbeit im deutsch-französischen Vertrag</u> Vorschläge deutscher Jugendverbände Von Horst Seefeld	54
5 - 6	<u>Käuferstreik in der Sowjetunion</u> Waren, die niemand kaufen will Von Bruno Kuster, Genf	51

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Afrika-Charta"

Der Weg wurde erkannt und mutig beschritten

sp - Ohne Zweifel ist die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit durch die Ministerratssitzung der NATO in Ottawa von einem anderen Ereignis etwas abgelenkt worden, dem jedoch ebenfalls große Bedeutung beigemessen werden muß. Dreißig afrikanische Staaten haben in Addis Abeba eine "Afrika-Charta" unterzeichnet, die auf lange Sicht Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit der Unterzeichnerstaaten bietet. Entscheidend hierbei ist zunächst die gemeinsam getroffene Feststellung, daß Führungsansprüche dieser oder jener afrikanischen Gruppe nicht mehr wie bisher das notwendige Miteinander der in den letzten Jahren souverän gewordenen afrikanischen Staaten stören soll. Ob dieser gute Vorsatz in die Tat umgesetzt werden kann, wird sich bald erweisen. In jedem Fall jedoch scheinen die maßgeblichen Staatsmänner Afrikas entschlossen zu sein, die Fehler ihrer früheren europäischen Kolonialherren nach Möglichkeit zu vermeiden und trotz der Unterschiedlichkeit des Glaubens und der Rasse einer kontinentalen afrikanischen Politik zuzustreben. Das ist ein Ziel, das den Staaten des europäischen Kontinents in den Jahrhunderten ihrer Staatswerdung nicht zu erreichen vergönnt war. Auch jetzt noch liegt vor den Unterzeichnern der "Afrika-Charta" ein weiter und schwieriger Weg. Aber allein die Tatsache, daß sie diesen Weg sehen und mutig beschreiten wollen, ist beachtenswert.

+ + +

Der große Irrtum

F.J. Strauss und die Chancen der SPD

sp - Es sei höchst merkwürdig, ließ sich dieser Tage der gestürzte frühere Verteidigungsminister Franz J. Strauss, vernehmen, daß die Unionsparteien bei der Bevölkerung um die Anerkennung ihrer erfolgreichen Politik kämpfen müssen, während die SPD, ohne irgendetwas geleistet zu haben, von den Wählern begünstigt wird. Gleichzeitig und im Widerspruch zu seiner eigenen Feststellung bestritt Strauss die Chance, einen Führungsanspruch durchzusetzen. Der Sozialdemokratie kann das Verdikt des ehemaligen Bundesministers und jetzigen Vorsitzenden der CSU gleichgültig sein. Wenn Strauss unfähig ist, die Skala der Wahlergebnisse von acht Ländern und Senatswahlen seit 1961 richtig zu deuten und zu bewerten, so ist das seine Sache. Sie zeigen für die Sozialdemokratie einen steten Anstieg und dies auch in Gebieten, die einst zu den Hochburgen der Unionsparteien gehörten. Hält Strauss das bundesdeutsche Wahlvolk für so dumm, daß es sich nun in wachsender Zahl für eine Partei entscheidet, die keine Leistungen aufzuweisen hat? Da wissen es die Wähler doch besser. Auf der Suche nach der Beantwortung drängender Fragen von heute und morgen finden sie bei der Union nur unzureichende, ausweichende oder gar keine Antworten. Dort wo die Sozialdemokraten regieren, wo sie Verantwortung für das Gemeinwohl tragen, kann sich ihre Arbeit sehen lassen. Aber wo befinden sich die Leistungen des vierten und fünften Kabinetts Adenauer? Wie steht es mit der Krankenkassenreform, wie mit der Kriegsopferversorgung, wie mit der Bekämpfung der Bodenspekulation, wie mit dem weiteren Ausbau der Bundesrepublik zum sozialen Rechtsstaat? Hier herrscht Pehlranzeige. Diese Regierung läßt sich treiben, statt zu führen - das vermag Strauss nicht zu sehen, doch dem Wähler bleibt solches nicht verborgen. Darin liegen die Chancen der SPD.

+ + +

Klare Entscheidungen

Zur 9. Bundeskonferenz der SJD-DIE FALKEN

W.R. - Die 9. ordentliche Bundeskonferenz der SJD-DIE FALKEN ist vorüber. Vier Tage diskutierten und debattierten die 150 Vertreter dieser Jugendorganisation. Sie haben es sich dabei nicht leicht gemacht. Die Probleme, die den Verband in den letzten Jahren beschäftigt, wurden nicht verdeckt, sondern offen diskutiert und durch Beschlüsse abgegrenzt.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands ist ein Jugend- und Erziehungsverband zugleich. Er bekennt sich, wie es in der von dreiviertel der Delegierten verabschiedeten Grundsatzerklärung heißt, zur demokratischen sozialistischen Bewegung "deren politische Führungskraft in Deutschland die Sozialdemokratische Partei ist". Er "kämpft für die Verwirklichung des Grundgesetzes und wird es gegen jeden Angriff mit allen verantwortbaren Mitteln verteidigen helfen."

Von dem Geist dieser Grundsatzklärung waren auch die Beschlüsse getragen, die sich mit Einzelproblemen der Politik befaßten. Die bisher nur vom Bundesausschuß der FALKEN festgestellte Unvereinbarkeit zwischen der Mitgliedschaft bei der FALKEN und der aktiven Mitarbeit beim "Ostermarsch" wurde jetzt von der ordentlichen Bundeskonferenz endgültig beschlossen. Auch der Beschluß zur Notstandsgesetzgebung zeigte die politische Klarheit und Deutlichkeit des Verbandes. Die Mehrheit der Delegierten begrüßte die feste Haltung der SPD gegenüber dem Regierungsentwurf und machte sich die auf dem Kölner Parteitag beschlossenen sieben Grundforderungen zu einer Notstandsgesetzgebung zu eigen. Ein Antrag der jeden Notdienst und jede Notstandsgesetzgebung analog des DCB-Kongresses ablehnte, wurde von der Konferenz **a b g e l e h n t**.

Neben den innenpolitischen Grundsatzfragen, neben Fragen der Struktur des Verbandes und den weithin bekannten jugendpolitischen Forderungen, die die Innenpolitik betreffen, äußerte sich die Konferenz auch zu Fragen, die in den Bereich der internationalen Jugendbewegung fallen. Der Bundesvorsitzende der SJD-DIE FALKEN, gab in seinem Rechenschaftsbericht bekannt, daß Vertreter des FALKEN-Vorstandes und Vertreter des Jugendrates der UdSSR zwei Informationsgespräche führen werden; eines noch in diesem Jahr in der Bundesrepublik und eins im nächsten Jahr in der UdSSR. Dabei machte er klar, daß es darauf ankomme, die Gespräche vom Standort des demokratischen Sozialismus und vom Standort des Westens zu führen, auf dessen freiheitlich-demokratischer Grundlage die FALKEN ihre Arbeit leisten. Eine Verstärkung des westlichen Standortes auf der jugendpolitischen Ebene sah die Konferenz insbesondere in der Verständigung und Annäherung zwischen der französischen und der deutschen Volk.

Bei all den erwähnten Fragen, bei allen Grundsatzfragen gab es keine Einstimmigkeit. Das war gut so und machte die Standpunkte deutlicher. Aber fast immer waren es mindestens zweidrittel der Delegierten, die sich hinter eine Sache stellten. Die Opposition, die in allen Grundsatzfragen eine andere Meinung bekundete, war - und das kam am deutlichsten bei der Wiederwahl des 1. Bundesvorsitzenden, Horst Zeidler, zum Ausdruck - nur ein knappes Fünftel der Konferenz. Ein Teil dieses Fünftels, wie zum Beispiel die FALKEN aus Bremen, hat in der Vergangenheit Erklärungen herausgegeben, die in einigen Publikationen als "Meinung der FALKEN" gewertet wurden. Sie ist es nicht. Die Bundeskonferenz der SJD-DIE FALKEN hat die Grundsätze für die nächsten zwei Jahre ihrer Arbeit festgelegt.

Vor einer schwierigen Aufgabe

Zum Parteitag der Französischen Sozialisten

sp - Die nicht-gaullistischen Parteien Frankreichs versuchen in diesen Wochen, ihre Ausgangspositionen für eine "Sechste Republik" zu finden, in der es keinen General de Gaulle mehr gibt und die - nach Vorstellung zahlreicher französischer Politiker - eine parlamentarische Demokratie sein soll. Hierbei hat sich herausgestellt, daß die französischen Sozialisten (SFIO) wohl vor der schwierigsten Aufgabe stehen, die sie seit langem bewältigen mußten.

Einerseits wollen sie auf der Grundlage eines neuen Grundsatzprogramms die Sammlung aller nicht-kommunistischen demokratischen Kräfte der Arbeiterbewegung und des fortschrittlichen aber vollkommen zersplitterten Bürgertums vollziehen; andererseits haben sie mit einer seit den letzten Wahlen zur Nationalversammlung stärker gewordenen kommunistischen Partei zu rechnen, die mit Hilfe des ebenfalls von den Kommunisten gelenkten stärksten Gewerkschaftsbundes CGT große Anstrengungen macht, um sich als "demokratische Kraft der Arbeiterbewegung" präsentieren zu können. Gleichzeitig jedoch versucht dieselbe kommunistische Partei - ebenfalls mit Hilfe der CGT - in der EWG-Politik Fuß zu fassen, um dieser - wie es heißt - "Impulse im sozialistischen Sinne" zu geben.

Inwieweit die französischen Kommunisten das Ziel verfolgen, de Gaulles widerspenstige Haltung in der atlantischen Gemeinschaft zu stärken, ist sehr problematisch.

Die unmittelbare Folge dieses scheinbar undurchsichtigen politischen Getriebes sind innerhalb der SFIO sehr harte Auseinandersetzungen über die Taktik der Partei. Für den in dieser Woche beginnenden Parteitag liegen die unterschiedlichsten Anträge vor. Aber so gegensätzlich die Meinungen im Augenblick noch bezüglich der einzuschlagenden Taktik sowohl gegenüber der demokratischen Mitte wie auch gegenüber den Kommunisten sein mögen - in der Zielsetzung scheinen nur Unterschiede in den Nuancen zu bestehen. Die Partei ist bestrebt, der neuen politischen Entwicklung Frankreichs das Gepräge eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus zu geben, ohne sich hierbei politischen oder organisatorischen Bindungen auf lange Sicht zu unterwerfen, die sie ihrer eigenen Handlungsfreiheit berauben könnte.

Zugegeben, das ist eine sehr schwierige Aufgabe, da in jedem Falle damit zu rechnen ist, daß der Gaullismus in dieser oder jener Form von einer geschwächten sozialistischen Partei Frankreichs nur profitieren würde.

+ + +

Jugendarbeit im deutsch-französischen Vertrag

Vorschläge deutscher Jugendverbände Von Horst Seefeld

Vor kurzem haben sich der Deutsche Bundesjugendring und der Ring Politischer Jugend, die schon bisher in loser Form bei gelegentlichen Anlässen zu gemeinsamer Arbeit bereit waren, enger im Deutschen Nationalkomitee der WAY (World Assembly of Youth) zusammengeschlossen.

In der zweiten Sitzung dieses Gremiums standen Fragen der Zusammenarbeit mit der französischen Jugend im Vordergrund. Ausgehend von den Teilen des Elysee-Vertrages, die sich mit der Jugendarbeit befassen, erarbeitete man ein Memorandum, das an das Ministerium für Familien- und Jugendfragen, die Abgeordneten des Bundestages sowie an die interessierte Öffentlichkeit gerichtet ist. Das Nationalkomitee betont darin noch einmal, dass auch auf dem Gebiet der Jugendarbeit der Vertrag keine Bremse für die europäischen Einigungsbestrebungen sein darf. Es wurden dann einige Grundsätze aufgezeigt, die nach Meinung des Bundesjugendringes und des RpJ bei den künftigen Programmausarbeitungen berücksichtigt werden sollten.

1. Die bisher bereits bestehenden freundschaftlichen Verbindungen sollen ausgebaut, andererseits neue Gedanken für die Begegnungen verwirklicht werden.
2. Die direkten deutsch-französischen Austauschprogramme müssen den Aspekt der europäischen Vereinigung gebührend berücksichtigen und - wenn möglich - offen für die Teilnahme junger Menschen aus anderen Ländern sein.
3. Die Intensivierung der Beziehung zu unserem französischen Nachbarn darf keinesfalls zu einer Benachteiligung anderer bilateraler oder internationaler Programme führen. Besonderen Wert wird dabei auf die Gleichheit der vom Bund gewährten Förderungsbeträge gelegt.

Im weiteren Verlauf der in dem Memorandum genannten Punkte ist besonders die Forderung nach einer Stiftung zu nennen, deren Kapital zu gleichen Teilen von beiden Ländern eingebracht und aus deren Mitteln auch Projekte der europäischen Jugendarbeit für Entwicklungsländer gefördert werden sollen.

Schließlich nennt das Nationalkomitee noch eine Vielzahl von praktischen Vorschlägen. So sollen in den Vertrag Begegnungen, Seminare und Tagungen von Mitgliedern und Jugendleitern der verschiedenen Jugendorganisationen und Dachverbände der beiden Länder einbezogen werden.

Französische Jugendleiter müßten regelmäßig nach Berlin zu Informationsfahrten reisen. In der französischen Hauptstadt Paris sollte ein deutsches Jugendzentrum errichtet werden, um die Bevölkerung über die Jugendarbeit in Deutschland zu informieren und um eine Stätte der Begegnung der Jugend beider Völker zu haben. Weiterhin wird der Ruf nach gleichartigen Fahrpreisermäßigungen für Jugendreisen in beiden Ländern erhoben. Zeitlagerplätze sowie Ferienkolonien sollen wechselseitig und gemeinsam benutzt werden. Von einem "Fahrten-Dolmetscher-Programm" wird eine Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse erwartet. Fachliteratur der Jugend- und Erziehungsarbeit müßte übersetzt und dem anderen Partner zur Verfügung gestellt werden.

Es ist begrüßenswert, daß die Vertreter der beiden großen deutschen Dachorganisationen sofort zu dem vom Bundestag verabschiedeten Vertragswerk für den sie betreffenden Teil Stellung bezogen haben. Die mit der Verwirklichung beauftragten Stellen werden gut daran tun, das Deutsche Nationalkomitee der WJY in einem geplanten Kuratorium zu berücksichtigen und die im Memorandum genannten Punkte einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen.

+ + +

Käuferstreik in der Sowjetunion

Waren, die niemand kaufen will
Von Bruno Kuster, Genf

Die übermäßigen Materialreserven der Industrie, die unvollendeten Bauvorhaben und die gewaltigen Lagerbestände an unverkäuflichen Waren in den Großhandelsorganisationen und Kaufhäusern der Sowjetunion wie auch der meisten übrigen osteuropäischen Länder liegen den staatlichen Planungsstellen schwer auf dem Magen.

Eine soeben veröffentlichte Untersuchung des Sekretariats der Wirtschaftskommission für Europa über die jüngsten wirtschaftlichen Tendenzen in Osteuropa und der Sowjetunion ("Recent Economic Developments in Eastern Europe and the Soviet Union") hebt hervor, daß eine systematische und wesentliche Übererfüllung der Jahrespläne für den Aufbau angemessener Lagerbestände bedeutet, "daß die Ziele der Steigerung des Nationaleinkommens teilweise durch die Produktion von 'eingefrorenen' Vermögenswerten oder unbegehrten Gütern ... auf Kosten der Kapitalbildung oder des Verbrauches erreicht werden."

Der Anteil der Lagerbestände und unvollendeten Bauvorhaben an der

jährlichen Zunahme des Nationaleinkommens nahm in Ungarn, Polen und der Sowjetunion rasch zu. In dieser Zeit erreichte er 1961 nicht weniger als die Hälfte und 1962 ein Sechstel des Zuwachses des Nationaleinkommens!

Volle Läden - verärgerte Kunden

Das Anschwellen der Lagerbestände bedeutet allerdings nicht, daß die Versorgung der Bevölkerung nun endlich zufriedenstellend vor sich geht. Es bedeutet lediglich, daß Waren angeboten werden, die niemand kaufen will, während andere fehlen. Dabei handelt es sich nicht um vereinzelte Irrtümer und Pannen in der Planung, sondern um die Unfähigkeit des Systems, die Produktion einer anspruchsvolleren Nachfrage anzupassen.

Von 1957 bis 1961 stieg in der Sowjetunion der Umsatz im Einzelhandel (ohne Nahrungsmittel) um 26 Prozent, während die Lagerbestände um beinahe 70 Prozent zunahmen. Der Absatz von Textilien stagniert seit 1957, aber die Lager nahmen um 55 Prozent zu. Der Absatz von Uhren und Nähmaschinen ist rückläufig. Schuhe, Radioapparate, Fahr- und Motorräder waren vergeblich auf die Kunden, deren Bedarf nach guten und geschmackvollen Erzeugnissen zwar bei weitem noch nicht gedeckt ist.

Wintermäntel im Sommer

Nach sowjetischen Angaben bestand am 1. Juli 1961 das Mantelangebot in den Kleidergeschäften zu 22 bis 35 Prozent aus Wintermodellen, zu 50 Prozent aus Übergangsmodellen, und nur 30 Prozent waren Sommermäntel. Dafür boten die Läden im nachfolgenden Januar nur ein Drittel Wintermäntel an. Es handelt sich hier nicht um einen komischen Einzelfall, sondern um ein Beispiel für die Schwerfälligkeit des ganzen Handelsapparates und das viel zu langsame Umschlagstempo, das weiterhin noch abnimmt.

Die Verantwortlichen suchen nach Auswegen, da sie sich der volkswirtschaftlichen Nachteile der gegenwärtigen Zustände bewußt geworden sind. Man spricht von Marktforschung, der Durchführung von Saison-Ausverkäufen, von der Einführung des bisher verpönten Abzahlungsgeschäftes und größerer Preizügigkeit in der Festsetzung der Kleinhandelspreise. Aber alle diese scheinbar selbstverständlichen Reformen stellen das ganze System in Frage, dessen wichtigste Triebfeder nach wie vor die quantitative Planerfüllung ist, die oft nicht nur niemandem Nutzen bringt, sondern in andern Sektoren dringend benötigte Produktionsmittel absorbiert und "auf Lager legt".

Die Frage ist offen, ob und wie es dem zentralisierten Plansystem gelingt, den Übergang von der Mangelwirtschaft zur differenzierteren Konsumwirtschaft zu vollziehen, ohne seine eigenen Grundlagen zu zerstören. Der anhaltende Käuferstreik erzwingt weitreichende Entscheidungen.